

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 74,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für den Postweg schmerzt sämtliche Postkontrollen Befreiungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. möglichste Geldauszahlung, der Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Abbestellen, Expeditions- und Verlags-Vertrauen G. U. Breite Straße 24.

Die achtgrößten Konkurrenzblätter über den Rhein kosten 4,- M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das Feuilletonblatt Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Studenten-Anzeigen laut Tarif. Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. 20 M. netto pro Zeile. Stellen-Berichte Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 20 M., jedes weitere Wort 1,- M. in Wort-Anzeigen das Feuilletonblatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2020, 2045, 4510, 4503, 4535, 4540, 4021

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der leblose Friedensvertrag

### Simons über die Pariser Beschlüsse

Reichsminister Dr. Simons sprach gestern in Stuttgart in einer öffentlichen Verlesung über die politische Lage, wie sie durch die Pariser Kriegen und die bevorstehenden Londoner Verhandlungen gekennzeichnet ist.

Dr. Simons unterstrich in seinen Ausführungen nochmals die Erklärung, die er im Reichstage abgegeben hat. Der Minister lehnte sich hierauf insbesondere mit den Reden von Lloyd George, Briand und Graf Sforza auseinander. Er bemängelte, daß keiner dieser Staatsmänner es für der Mühe wert erachtet hätte, aus dem Material der Brüsseler Konferenzen den Nachweis auch nur zu versuchen, inwieweit Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen festen Annuitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Keiner habe praktisch dargelegt, wie man sich solche Leistungen finanztechnisch und wirtschaftlich zu denken habe. Statt dessen habe man nur völlig phantastische Ziffern über die künftige Höhe des deutschen Exportes gebracht, für die jede, auch nur die geringste Unterlage fehle. Ueber die zwölfpromzentige Ausfuhrabgabe seien die verschiedensten Ansichten zutage getreten, die vielfach in völligem Widerspruch zu einander ständen. So werde z. B. die Ausfuhrabgabe von der einen Seite deshalb als besonders nützlich auch für Deutschland angepriesen, weil sie die deutsche Ausfuhrindustrie vor differenziellen Einfuhrzöllen der anderen Länder schütze, während eine zweite Ansicht dahin gehe, daß die Abgabe überhaupt unmittelbar mit dem Export nichts zu tun habe, sondern lediglich eine nach der Exporthöhe berechnete und von den deutschen Steuerzahlern allgemein zu tragende Zulagennutzwang bedeute. Welche Auffassungen seien, wie der Minister nachwies, gleich unvereinbar mit den Interessen nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern des internationalen Verkehrs überhaupt.

Die bisherige Debatte habe nur eines mit voller Klarheit ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen ersetzt werden müßten. Die neue Lösung könne aber nicht dilettantisch werden. Sie müsse vereinbar mit den Hauptlasten der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen. Die deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt, und sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entschied, es auf sich genommen habe, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenvorschläge müßten zeigen, daß Deutschland keine Pflicht ernst nehme. Es werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit phantastischen Ziffern prunkten, aber den Vorzug hätten, praktisch durchführbar zu sein und die dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.

Der Minister erörterte dann die einzelnen Gebiete, über die Klarheit geschaffen werden müsse und erklärte, die Annahme jedes Abkommens, das in London geschlossen werden kann, durch die deutschen gesetzgebenden Körperschaften für notwendig, weil darin eine Aenderung und daher der Friedensvertrages von Versailles enthalten sei. Die Gegner hätten ja anerkannt, daß ihre Vorschläge vom Friedensvertrag abwichen.

Der französische Ministerpräsident habe das schärfste Urteil über diesen Vertrag gesprochen, das bisher überhaupt gefällt worden sei: Er sei nicht lebendig. Dieses Urteil erscheine dem Redner zu hart, weil der Vertrag in vielen seiner schwersten Bestimmungen nur allzu wirksam sei. Aber darin habe Briand Recht, daß gerade die Reparationsbestimmungen sich als lebensunfähig erweisen hätten. In der Tat hemmten sie den wirtschaftlichen Aufschwung ebenso bei den Reparationsgläubigern wie bei dem Reparations Schuldner. Sie bedeuteten eine bürokratische, nicht eine geschäftsmäßige Lösung und müßten deshalb durch eine bessere ersetzt werden. Diese Erkenntnis unserer Gegner, daß das Werk von Versailles veränderungsbedürftig sei, bilde einen Aktinposten in der Bilanz der Pariser Konferenz.

Dr. Simons wies darauf hin, daß durch das Fehlen Amerikas und die ungeklärte Lage in Osteuropa die Lösung der Reparationsprobleme nachteilig beeinflusst werde. Wenn die Gegner damit rechnen, daß Deutschland durch gesteigerten Export riesigen Summen für die Reparation verfügbar stellen werde, so müßte ihnen daran liegen, die deutsche Industrie, statt auf ihre eigenen Märkte, auf die des Ostens hinzulenken. Statt dessen habe es den Anschein, als ob man auch hier zu einer Exportlöslungspolitik greife, wie sich dies aus der Bereilung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit den Oststaaten ergebe. Das Problem werde nicht erlos genug und nicht einheitlich genug aufgefaßt. Man könne ihm nur beikommen, wenn man statt der Hilfe und der Solidarität in den Vordergrund stelle. Zum Schluß forderte der Redner zu einheitlicher Stellungnahme auf.

### Das Echo in Frankreich

Simons Rede hat bereits in Paris Widerhall gefunden. Als erstes Blatt befaßte sich heute der „Peit Parisien“ mit der Simonschen Rede. Das Blatt vertritt in der Rede jeglichen neuen Gedanken. Sie lasse nichts über die deutschen Gegenvorschläge verlauten und enthalte auch keinerlei Angaben über die Instruktionen, die Dr. Bergmann auf den Weg mitgegeben werden sollen. Wenn Dr. Simons gesagt hat, daß Deutschland eine Verringerung der ihm auferlegten finanziellen Verpflichtungen fordere, so sei dies der einzige Punkt, in dem die Alliierten Deutschland keinesfalls ein Zugeständnis machen könnten. Wenn die Deutschen bezüglich der Ausfuhrabgaben einen anderen Index, oder ein anderes Barometer ihres wirtschaftlichen Aufschwunges vorschlagen würden, so sei es nicht unmöglich, daß man diesen Wünschen entgegenkommen würde, falls dieser Index nicht irreleiten werde. Auch einem Verlangen, die deutsche Schuld innerhalb dreißig Jahren, statt zweiundvierzig Jahren, abzutragen, würden die Alliierten nachkommen. Gewisse deutsche Delegierte seien gegenwärtig damit beschäftigt, eine derartige Schuldenzahlung zu prüfen und sie dürften ein System von Anleihen im Vorschlag bringen, das eine Erhöhung der deutschen Jahreszahlungen in einer solchen Weise ermöglichen soll, daß die ganze Schuld in dreißig Jahren getilgt werden könne. Auf den Grundsatze der wechselnden Jahresraten würde indes weder Frankreich, noch die übrigen Alliierten verzichten. In diesem Punkte werde sich Frankreich unnahgiebig zeigen und es wäre überraschend, meint das Blatt, wenn Lloyd George nicht die gleiche Haltung einnehmen würde.

## Wilhelms Dienstboten

Das „Tagebuch“ veröffentlicht nach Mitteilungen eines höheren Beamten Beratungen im preußischen Staatsministerium über ein geplantes Ausnahmegesetz. Im Dezember 1905 forderte der damalige preußische Kriegsminister v. Einem in einem Antrag an das Staatsministerium neue Maßnahmen zur Abwehr der revolutionären Bestrebungen. Auf dem Jenaer Parteitag sei eine ausgedehnte Aufklärung über das Beschwerderecht der Soldaten beschlossen worden, man müsse daher mit einer „planmäßigen Verheerung der Wehrpflichtigen“ rechnen. Zugleich beantragte der Minister, daß auf dem Gebiet der Fortbildungsschulen und Jugendvereine mehr wie bisher auf Vaterlandsliebe und königstreue Gesinnung der künftigen Soldaten hingewirkt werden sollte.

Herr v. Einem war ungeduldig und verlangte beschleunigte Verhandlung. Zunächst erfolgten schriftliche Gutachten. Justizminister Bessler schrieb am 3. Januar, von Verschärfung der Strafvorschriften könne er sich weniger versprechen als von einer verschärften Anwendung der bestehenden Strafgesetze. Am 8. Januar waren neuerliche Verhandlungen im Staatsministerium. Ministerpräsident von Bülow vertrat den Standpunkt Besslers, der falsche Biederermann, Graf von Posadowsky, wünschte dagegen eine Revision des allgemeinen Strafrechts. Die bisherigen Vorschriften des Strafgesetzbuchs reichten nicht aus. Denselben Standpunkt vertrat der andere falsche Biederermann, Herr von Bethmann-Hollweg, damals Minister des Innern und später Hauptvertrauensmann der Ebert und Scheidemann, sowie der Staatssekretär des Reichsjustizamts Kieberding. Der erwähnte, daß bereits seit vier Jahren Vorbereitungen für die Revision des Reichsstrafgesetzbuchs im Gange seien. Man dürfe davon nichts lauten lassen, weil der Verdacht entstehen würde, daß die neuen Vorschriften eine Verschärfung der Strafbestimmungen wegen politischer Vergehen bringen würden. Es sei erwünscht, stille Arbeit zu machen und die öffentliche Meinung nicht vorzeitig zu erregen.

Dieser Kieberding, der aus dem Hinterhalt die Arbeiter-schaft mit verschärften Strafbestimmungen überfallen wollte, ist eine echt preußische Justizerscheinung. Unter dem Vorwand des Rechts übt der preußische Justizminister, — Richter, Staatsanwalt, Gefängnisdirektor und Justizminister — Vergeekung der Arbeiterbewegung und jeder freigeistlichen Bewegung. Dieser Kieberding verlangte dann in einem Gutachten vom 20. Januar 1906, daß die neuen Bestimmungen auch deshalb nicht in den Rahmen des Strafgesetzbuchs eingezogen würden, weil der Reichstag leicht damit Wünsche zur schärferen Bestrafung des Zweilampjes verbinden würde. Dem preußischen Justizminister ging es aber darum, die Arbeiter politisch zu verfolgen, aber die vornehmen Duellanten nach wie vor ungeschoren zu lassen.

Am 12. Februar empfahl dann Graf v. Posadowsky ein Aktion, welche „den Generalstreik als Aufruhr behandeln muß und deshalb über das Gebiet des Arbeiterrechts weit hinausgreift.“ Der brave Bethmann schloß sich dem natürlich an. Seiner Meinung nach würde es sich darum handeln, den „Begriff des Landesverrats zu erweitern.“

Am 5. Februar begannen dann kommissarische Verhandlungen. Was da die verschiedenen Geheimen Oberregierungsräte in Vertretung der Minister produzierten, ist toll. Ein Geheimrat, Dr. Herrmann, wollte die „intellektuellen Urheber eines Streiks einsperren und das Aufreizen zum Kontraktbruch mit Strafe bedrohen.“ Ein Geheimrat Neumann erklärte auch, die Wiedergabe der Pariser Verhandlungen im „Vorwärts“ gebe zu den größten Bedenken Anlaß. Einzelne Worte werden durch den Druck und durch Einstellung in besondere Reihen hervorgehoben. „Es wäre erwünscht, auch hiergegen vorzugehen.“ Herrlich, ein Geheimrat Dr. Tull: „Bei einer Aenderung des Strafgesetzbuchs sei ins Auge zu fassen, daß man Prekorganen, die ohne sich anderweitig strafbar zu machen, in systematisch zum Ausruf (1) gehen, treffen könne.“

Außer den Genannten nahmen an diesen Verhandlungen auch teil der spätere Kriegsminister, Major Scheuch, der spätere kappistische Minister Freiherr von Falkenhäusen. Kapp selbst war als Vertreter des Landwirtschaftsministeriums in Aussicht genommen, wohnie den Verhandlungen aber nicht bei.

Das Staatsministerium selbst beschäftigte sich erst wieder am 30. Oktober 1906 mit der Sache. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Schließlich wurden drei Entwürfe (vom Kriegsminister, vom Minister des Innern und vom Justizminister) am 30. Oktober 1906 im Staatsministerium beraten. Graf v. Posadowsky dehnte die Beschuldigung des Fortschreitens zersetzender Gesinnung auch auf das Bürgertum aus:

„In dem Ropenicker Fall werde ein alter Zuchthäuser von der bürgerlichen Presse in allen Tonarten gefeiert, es sei ein Zustand der Verwerflichkeit, der nicht nur auf der sozialdemokratischen Agitation, sondern auch auf dem Verhalten unserer Kreise beruhe.“

Finanzminister Freiherr v. Meinhofen: „Er wisse wohl, daß dem Herrn Justizminister kein Einfluß auf die Rechtsprechung der Gerichte zustünde, aber er sei in der

## Die wankende Regierung Kahr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 14. Februar.

Der demokratische „Münchener Anzeiger“ schreibt: „Es ist mit der unantastbaren Reichstreu und mit dem aufrichtigen und durchsichtigen Wesen der Demokratie unvereinbar, daß die sozialdemokratische Partei in Bayern noch länger ein Glied der Regierung Kahr bildet. Wir erheben deshalb den Ruf: Demokratie, heraus aus der bayerischen Koalition!“

Heute findet eine Sitzung des Landesauschusses der demokratischen Partei statt. Die sich mit der Haltung der Partei in der Regierungskrise befassen wird.

Das christlich-sozialistische „Neue Volk“ schreibt: „Wir hoffen, daß es nicht zum Neuerstehen kommt, sonst trägt Herr v. Kahr und die Münchener Regierung die Schuld, wenn gegenüber den Forderungen von Paris keine deutsche Einigkeit herrscht und Deutschland auseinanderfällt. Auch wir warnen in letzter Stunde vor der Zerstückelung Deutschlands. Die wäre auch die Zerstückelung Bayerns und der Bürgerkrieg. Darüber muß man sich in München klar sein. Keine Illusionspolitik, keine Katastrophenspolitik, die uns zerschmettert. Staatsmännische Arbeit brauchen wir. Herr v. Kahr, Ihre letzte Stunde hat geschlagen, wenn Sie den furchtbaren Ernst dieser Stunde nicht erfassen.“

## Parteigericht in München

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 14. Februar.

In einer öffentlichen Versammlung im Zirkus Krone sprach gestern Paul Levi von der Zentrale der R.P.D. über „Röfervbund und dritte Internationale“. Er legte den Standpunkt der Zentrale dar und wandte sich im Gegensatz zu den Münchener Kommunisten gegen die nationalsozialistische Seite wegen der Pariser Forderungen. Diejenigen, die heute Protest erheben, hätten kein moralisches Recht dazu. Nur die, die während des Krieges die Kriegspolitik der deutschen Regierung am schärfsten bekämpft haben, könnten heute ihre

Stimme zum Protest erheben. Seine Darlegung traf vor allem den Kommunisten Otto Thomas, der während des Krieges als Rechtssozialist auf dem äußersten rechten Flügel stand und mit Landkarten in Versammlungen Propaganda für die deutschen Eroberungspläne machte. Besonders setzte er sich für das Raubmännliche Mitteleuropa ein. Der Saal im Zirkus Krone war zur Hälfte leer, es fehlten eben die nationalsozialistischen Studenten, die in der letzten Versammlung die Claqueure für die Kriegshetze Graf und Thomas abgaben.

Am Nachmittag fand eine Mitgliederversammlung der R.P.D. statt, in der Parteigericht über Graf und Thomas gehalten wurde. Der Verlauf dieser Versammlung ist noch nicht bekannt.

## Finnische Schreckensjustiz

Helsingfors, 12. Februar.

Das Hofgericht in Abo verurteilte das Urteil gegen die Gründer der finnischen kommunistischen Partei, gegen die im vergangenen Frühjahr eine Klage wegen Vorbereitung zum Hochverrat angehängt wurde. Die vierzehn Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis vierzehn Jahren verurteilt.

## Der irische Bürgerkrieg

London, 13. Februar.

Siebenhundert Sinnfeiner haben die Polizeikaserne und mehrere Häuser des Dades Drimoleague angegriffen und zerstört. Es gelang der Garnison schließlich, die Sinnfeiner, von denen eine Anzahl verwundet wurde, zu zerstreuen. Zweihundert Sinnfeiner brachten einen Zug in der Grasshail Cork zum Stehen, griffen 14 im Zuge befindliche Soldaten an, töteten einen und verwundeten 6.

Sinnfeiner griffen eine Polizeikaserne in der Grasshail Roscamon an, wurden jedoch nach einem die halbe Nacht anhaltenden Gefecht zerstreut. Die Brücke über den Fluss Lee zwischen Cork und Macroom wurde in der vergangenen Nacht in die Luft gesprengt. Die Polizei feuerte und tötete einen Mann.

Lage, eine Einwirkung auf die Zusammenfassung der Strafkammern auszuüben... Er richtet an den Herrn Justizminister die Frage, ob es sich nicht ermöglichen lasse, scharfe und energische Kräfte in die Strafkammern zu bringen.

Justizminister Dr. B e s e l e r antwortete:

Ein direktes Eingreifen des Justizministers bei der Zusammenfassung der Kammern sei nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen unzulässig, und eine Einwirkung könne nur unter der Hand geübt werden. Dies geschieht so weit als möglich, und es müsse anerkannt werden, daß die Strafkammern... es an Energie und an Strenge nicht fehlen lassen.

So steht also die berühmte „Unabhängigkeit“ der preussischen Justiz aus. Der konservative Rheinboden fordert scharfe und energische Kräfte, die als Fanghunde auf die Arbeiter schäufelnd losgelassen werden sollen. Und der Justizgouverneur antwortet schmunzelnd, daß solche Fanghunde im Richtertal ohnedies vorhanden sind, daß er aber unter der Hand noch einwirken werde, daß die berüchtigte preussische Klassenjustiz noch mehr zum Werkzeug schändlichster Scharfmacherei und der Arbeiterhah werde. Das waren die würdigen Dienstboten des Wilhelm, so wurde das preussische Volk von den junkerlichen Ministern regiert!

Schließlich einigte sich das Staatsministerium auf die Einbringung folgender Vorlage: „Gesetzesvoranschlag betreffend Abwehr der heeresfeindlichen Bestrebungen. Einziger Paragraf:

Wer in der Absicht, die militärische Zucht und Ordnung zu erschüttern, das Heer, die Marine, deren Einrichtungen oder militärdisziplinären Anordnungen öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Darstellungen oder Abbildungen herabwürdigend oder in Bezug auf ihre unwahre Tatsachen, die geeignet sind, bei Wehrpflichtigen Widerwillen gegen die Erfüllung der militärischen Pflichten zu erregen, öffentlich behauptet oder verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft.

Es war also ein Teil des Gesetzgebungsplanes fallen gelassen, die zeitliche Begrenzung der Gefängnisstrafe beseitigt worden. Dann kam die Auflösung des Reichstags von 1906, die Hottentottenwahlen, bei denen Wilhows Block siegte und die Sozialdemokraten einen großen Teil ihrer Mandate einbüßten. Die politische Situation schien sich geändert zu haben und das neue Gesetz blieb in der Reserve.

Wenn aber jemand meint, das sei einmal gewesen, so wäre das ganz falsch. Der arbeiterfeindliche Geist der Bureaucratie ist derselbe geblieben und dieselben Leute oder ihre allergeringsten Gesinnungsgenossen sitzen heute nach der Revolution genau so wie vordem in der Verwaltung und in der Justiz, beherrschen, schürzeigeln und drangsaliieren das deutsche Volk nach wie vor. Die Rechtssozialisten, gefesselt durch die Koalition, sind nicht imstande gewesen, da auch nur teilweise Besserung zu schaffen. Mit Ausnahme von ein paar Konzessionschulzen sind nach wie vor die schlimmsten Feinde der Republik, die schlimmsten Feinde selbst jeder nur demokratischen Fortentwicklung, die verbohrtsten Gegner des Sozialismus, in den Klemmern.

Aber noch mehr: Die bürgerlichen Parteien hoffen, nach dem 20. Februar die Reaktion in der Verwaltung noch zu stärken, die Arbeiter völlig einflusslos zu machen. Damit wäre das Ziel erreicht, die alte Bureaucratieherrschschaft wieder errichtet. Deswegen sind die Wahlen am 20. Februar so bedeutsam. Die Arbeiter müssen für eine möglichst starke Vertretung sowohl in den Provinzialparlamenten als vor allem im Landtag sorgen, damit ihre Vertreter imstande sind, immer mehr die Verwaltung und damit erst wirkliche Machtpositionen zu erobern. Es stärkt die Reaktion, wer nicht am 20. Februar wählt!

#### Die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Die belgischen Kriegsopfer. Wie in der belgischen Kammer auf Anfrage mitgeteilt wurde, sind auf belgischer Seite während des Krieges an Soldaten ausschließlich der Offiziere 32 963 Mann gefallen. Auf 23 getötete Soldaten kam ein getöteter Offizier.

Die Wahlen in Südafrika. Nunmehr sind die Wahlergebnisse aus Südafrika bis auf drei bekannt. Die Partei Smuts hat 78 Sitze erlangt, die nationalistische Partei von Herzog 43 Sitze, die Arbeiterpartei 9 Sitze, die Unabhängigen haben einen Sitz erhalten.

Demission des portugiesischen Ministeriums. Wie Havas meldet, hat das portugiesische Ministerium die Demission des gesamten Kabinetts eingebracht.

## Deutschnationale Pläne

Der „Vorwärts“ veröffentlicht das vertrauliche Schreiben eines hervorragenden Deutschnationalen, aus dem man einige interessante Einzelheiten über die inneren Vorgänge dieser Vorkämpfer der militaristischen und monarchistischen Reaktion erfährt. Das Schreiben richtet sich insbesondere gegen den offiziellen Parteiführer, Herrn Hergt, den früheren preussischen Minister, dem Unwahrscheinlichkeit und Mangel an Mut vorgeworfen wird.

Man weiß, daß nach dem Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse die Deutsche Volkspartei eifrig bestrebt war, eine sogenannte „nationale Einheitsfront“ zu bilden. Sie trat deshalb mit den Deutschnationalen in Verhandlungen über deren Eintritt in die Reichsregierung, in die auch die Rechtssozialisten eintreten sollten. Herr Hergt, der unentwegte Patriot, machte aber Schwierigkeiten mit der famosen Begründung, daß dann seiner Partei bei den Wahlen am 20. Februar vier Millionen Stimmen verloren gingen. Hinterher wollte er dann überhaupt leugnen, daß Verhandlungen stattgefunden haben. In Wirklichkeit ist verhandelt worden, und zwar über folgende Punkte:

1. Die Bildung einer Einheitsfront soll sich auf eine gemeinsame Stellung zur Regierungserklärung beschränken.

Darüber hinaus sei nach Ansicht des Abgeordneten Hergt folgendes diskutabel:

2. ein Vertrauensvotum für ein Regierungsprogramm für die nächste Zeit unter Selbstverlagung des Reichstags;

3. Ernennung von Ministern mit diktatorischer Gewalt aus allen in Betracht kommenden Parteien, einschließlich der Wehrsozialisten unter Selbstverlagung des Reichstags.

Ein feines Plänchen, diese Errichtung einer Diktatur unter Führung der Deutschnationalen! Aber auch welche Kinderer! Man versteht das Jammern des „hervorragenden Deutschnationalen“ über die völlige Unfähigkeit des Herrn Hergt. Herr Hergt rede zwar von seinem Rücktritt, aber der mühe sofort erfolgen. Denn schon jetzt bereiten sich die deutschnationalen Parteimitglieder auf eine Massenflucht vor, zum Teil schneeflüchtig erwartet von — der Deutschen Volkspartei, eine Korruptionsercheinung im Kleinen. Herr Hergt klagte über Intrigen, in Wirklichkeit wollte niemand mehr mit ihm in der Parteileitung zusammenarbeiten. Es heißt dann in dem Schreiben weiter:

Rein, wenn einer verschwinden muß, ist es Herr Hergt selbst, und das schleunigst, auf jeden Fall noch vor den Wahlen. Vor einer so raschen und einschneidenden, selbstkritischen Tat werden auch die Segner schweigen müssen, die nur zu genau wissen, wer den unglückseligen Fall Kerchhoff so verschuldet hat und Hergt auch den Fall Marx („Jugendgeld“) noch nicht vergessen hat. Der Fall Hergt-Kerchhoff ist ein neuer Beweis, wie sehr Herr Hergt die Erkenntnis der Tragweite seiner Handlungen vermissen läßt. An die Spitze der Deutschnationalen Volkspartei muß endlich eine Persönlichkeit treten, ein schwankendes Rohr mit peinlichsten Angriffspunkten. Herr Hergt muß seinen Traum, nach dem 20. Februar preussischer Ministerpräsident zu sein, mit dem Demokraten Dominikus als Innenminister und dem Jesuiten Vorsh als Kultusminister — so gingen doch wohl die Vorgesprächungen, Herr Hergt, nicht wahr? — ausgeben... Predigen wir Keinschheit des politischen Lebens, fordern wir die politische Führung im neuen Deutschland für uns, dann müssen wir zunächst an uns zeigen, daß wir diese Forderungen zu erheben auch berechtigt sind.

Das Letztere wird den Deutschnationalen ja nicht gelingen, weil sie die rücksichtslosesten und unverschämtesten Vertreter der Profitinteressen sind und deshalb sich alle profitgierigen Existenzen bei ihnen am sichersten aufgehoben fühlen. Interessant ist aber, daß die Deutschnationalen das künftige preussische Ministerium schon in der Tasche zu haben glauben. Sie hoffen, mit dem Zentrum, dessen rechter Flügel immer einflussreicher wird und natürlich auch mit den nie fehlenden Demokraten, die Macht in Preußen an sich reißen zu können. Die Wähler sind leicht gewarnt. Es gilt, den Sieg der Reaktion unter allen Umständen zu verhindern, die Errichtung einer Orgesch-

diktatur in Preußen zu vereiteln. Jeder Arbeiter, der am 20. Februar nicht für die Unabhängige Sozialdemokratie zur Wahl geht, verhilft den Deutschnationalen zur Macht.

## Die Betriebsräte in Italien

Einem Vertreter der „Chicago Daily News“ hat der italienische Ministerpräsident Giolitti eine Unterredung über die Betriebsräte und über die Entwaffnung gewährt. Wie bekannt, liegt jetzt dem italienischen Parlament ein Gesetzentwurf vor. Einführung der Betriebsräte und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben vor.

Giolitti sagte: Dieses Gesetz wird den Arbeitern gestatten, den Preis der Rohstoffe, die Erzeugungskosten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Namen der Teilhaber und den Betrag ihrer Gewinne, sowie die Erzeugungsmethoden, mit Ausnahme der Fabrikationsgeheimnisse, kennenzulernen. Durch dieses Gesetz wird Italien in Bezug auf soziale Gesetzgebung allen anderen Mächten vorangehen und einen durchaus neuen politischen Versuch machen. Die fortschreitende industrielle Ausbildung der Arbeiter wird auch den Tag beschleunigen, an welchem die Arbeiter imstande sein werden, ihre Industrien direkt zu betreiben. Dieser Fortschritt wird aber selbstverständlich sehr langsam sein. Durch die Arbeiterkontrolle werden die Industriellen genötigt werden, mehr auf die Produktion als auf die Spekulation achtzugeben, was die Erzeugung selbst direkt befördern wird.

Auf die Frage, ob er einen staatlichen Schutz der Schwerindustrie für gut halte, antwortete Giolitti: Ich sehe keinen Grund, um diesen Schutz zu gewähren; allerdings, wenn einige Industrien für die Landesverteidigung unentbehrlich sind, so ist es besser, daß sie unter staatlicher Kontrolle stehen. Italien hat aber keinen Grund, einen neuen Krieg zu fürchten. Es hat seine natürlichen Grenzen erreicht und will nur leben und leben lassen.

Auf die weitere Frage, ob er einer allgemeinen Entwaffnung günstig gegenüberstehe, antwortete Giolitti, Italien werde nie einen solchen Plan beschließen, unter der Bedingung allerdings, daß die Entwaffnung wirklich eine allgemeine sei, und daß die innere Ordnung im Lande gesichert werden könne.

## Der Sowjetaufbau in Rußland

Moskau, 12. Februar.

Eine Rundgebung der Sowjet-Regierung besagt: Im Zusammenhang mit dem Übergang der Sowjet-Republik zum wirtschaftlichen Aufbau hat der 8. Allrussische Rätelongress im Artikel 5 über den Sowjetaufbau besondere Aufmerksamkeit der Stadtsowjets gewidmet. Das Präsidium des allrussischen Zentralauswahlskomitees besteht allen Gouvernements-Wahlungskomitees, Stadtsowjets in allen Kreisstädten, wo diese infolge der Umstände des Bürgerkrieges zeitweilig außer Tätigkeit waren, wieder einzurichten; sofort zur Organisation von Stadtsowjets in den Städten zu schreiten, wo solche bis jetzt noch nicht bestanden haben; die Bestimmungen des 7. Rätelongresses über die Bildung von Sowjets in den Fabriken und Werken durchzuführen.

## Aus der Internationale

Vollversammlung der französischen sozialistischen Partei

Die französische Sozialistenpartei hielt am gestrigen Sonntag ihre erste Vollversammlung ab. Der Sekretär der Partei, Paul Faure, konnte feststellen, daß die Partei zahlreiche Anhänger gewonnen habe. 54 Parteisekretariate seien bisher errichtet. 20 andere auf dem besten Wege wieder aufzuleben. Der Schatzmeister teilt mit, daß rund 47 000 Mitgliedskarten ausgegeben seien.

Der Kongress beschäftigte sich auch mit der Frage der Parteiangehörigkeit von Albert Thomas. Es wurde festgestellt, daß die Beibehaltung des Amtes als Generalsekretär des Arbeitsbureaus mit der Parteimitgliedschaft nicht zu vereinbaren sei.

In der Nachsitzung beschäftigte man sich mit dem Wiener Kongress und beschloß die Parteimitglieder Renaudel, Longuet, Mirral, Faure und Brade nach Wien zu entsenden.

## Militärmusik

Von Georg Gräner

Der folgende kleine Artikel ließ sich, als ob er Jubiläum von 1913 bekäme. Er bezieht sich aber tatsächlich auf die Gegenwart.

Ein großer Saal von vollendeter Geschlossenheit, angefüllt mit Menschen, Tabaksqualm und Bierdunst. Ueber den lummenden Gesprächslärm dringt ein anderer Lärm, ein Schmettern, dumpfender, dider Lärm. Es ist eine Militärmusik, die ihn vollführt. Sie spielt irgendeinen Oppertentenslager, krievole, dünne, gemeine Musik, widerlich und brutal ausgedornert in dem schweren Blechinstrumentengewand. Vor der Kapelle steht ein Mann, der den Takt schlägt, automatenhaft, mechanisch wie ein Metronom. Nur an den Übergangsstellen wird er „musikalisch“, da kann er sich nicht genügen an einem gebührenden, schmaligen Tempo, da läßt er die kleine Trommel ein himmlisches Crescendo miteln. Ausspann geht es maßlosmäßig weiter; hums, Klappklapp; hums, Klappklapp. Das ist so ungeschick ein vollstimmliches „Sinfoniekonzert“ der Militärmusik.

Es ist in dem, über die Höhe der „Kolle“ die Nase zu rümpfen und dabei nichts zu tun, es solchen „Bergnügungen“ zu entziehen. Wir haben Schundmusik und Schundliteratur, hier haben wir noch ein drittes: nämlich Schundkultur!

Die Kompagnie kommt müde von der Feldübung heim. (So etwas gibt es nämlich heute noch.) Am Weichbild der Stadt erwartet sie die Militärmusik. Unter einem solchen Marsch zieht man durch die Straßen. Der Rhythmus prickselnd belebend und kräftigend durch die Glieder, er hilft dem einzelnen, sein Gewehr krasser anzuziehen; und so geht die leichte und gefährlichste Viertelstunde eines langen Fußmarches noch erträglich genug vorüber.

Hier tut die Militärmusik ein gutes Werk, hier heitert sie müde Menschen auf.

Ein Volksorganismus ist weise und gerecht geregelt, wenn jeder Mensch und jedes Ding in ihm an seinem Platz steht und genau nur die Funktionen erfüllt, die ihm nach Maßgabe seiner Eigenart und seines Könnens zukommen. Die Militärmusik nimmt im deutschen Volksorganismus einen Platz ein, der ihr ganz offenbar nicht gebührt. Was hat sie, die eine reinmilitärische Notwendigkeit war, im großen Musikleben noch zu schaffen? Muß sie dort nicht überall wirken wie ein gewalttätiger, schädlicher Fremdkörper? Ja, die Militärmusik wollen doch auch leben, sagt man. Aber wenn sie nicht leben können, ohne künstliches und wirtschaftliches Vergnügen zu erregen, dann sind sie, abgesehen von allen anderen Gründen, auch aus Kulturgründen, einfach nicht wert zu leben. Ueberdies können sie leben, der Staat gibt jährlich für sie etwa sage und schreibe 70 Millionen aus! 70 Millionen für die

Militärkapellen, während sich unsere großen künstlerischen Dichter, diese Kulturfaktoren ersten Ranges, mühsam durchwürgen müssen.

Der Militärmusiker ist in erster Linie Soldat; als solcher dem Drill unterworfen. Infolgedessen ist das ausgebildete musikalische Element der Militärkapellen der egal flappende Rhythmus. Es ist gewissermaßen ein musikalisches Griffelkloppen. In den tausend andern musikalischen Vortragsmanieren, die künstlerisch über den einfachen Rhythmus hinausgehen, bleiben die Militärkapellen dilettantisch. Ihre soldatisch-musikalische Funktionen bestehen im wesentlichen darin, auf dem Marsch einen kräftigen, ehernen Rhythmus festzuhalten. Und das ist (Zeit zum Aßen hat man genug) vollkommen mit Venten zu erreichen, die sonst von der musikalischen Kunst keine Ahnung haben, die nie ergriffen worden sind von der deutschen Meistermusik sondern lediglich von dem Verlangen, später einmal als Beamter irgendwo unterzukriechen und sorglos im ewigen rhythmischen Einerlei fortzuwurzeln. Militärmusiker müssen geradezu das Gegenteil von begabten Musikern sein, wollen sie Tüchtiges leisten und vorwärtskommen. Daß viele ihr Instrument technisch beherrschen, ist kein Beweis einer musikalischen Begabung. Es ist nur eine mechanische Fertigkeit, die ihnen besonders liegt, wie so viele andere mechanische Fertigkeiten sozialen andern Leuten besonders liegen. Musik kommt dabei gar nicht in Frage.

Mit solchen Leuten nun bringen die Militärkapellen ins öffentliche Musikleben ein. Von den Gastwirten werden sie mit offenen Armen empfangen, von dem „Volk“, dem niemand Augen und Ohren geöffnet hat, werden sie bewillkommt. Was zieht an den Militärkapellen? Ihre Musik? Bewahre. Die Uniform! Die Andeutung der Uniform ist dem Deutschen erfolgreich eingepflanzt worden. Wird auch solange in seinem Herzen festhalten, solange darin die Neigung zum Vergangenen und Veralteten stärker ist als der Wille zum Zukünftigen und Neuen. Dank den gegenwärtigen trüben Zwölftersjahren ist es den Militärkapellen möglich, sich zu halten. Sie werden fernerhin Gelegenheiten haben, das wieder zu ruinieren, was man sich in guten Volkskonzerten bemüht, aufzubauen. Es werden sich fernerhin an den Werken der Meister vertreiben dürfen, deren so viel anders und feiner geartete Instrumentation sie vorgedörrt und verballhornen, deren hohen Gehalt sie durch mechanisches Musizieren niederstampfen. Sie werden fernerhin glänzen als die schlauesten Verbreiter von Gassenhauern, sie werden forsicheren, die nobel graziose Tangente eines Johann Strauß in einen wuchtig läppischen Tanzhören zu verwandeln. Hums, Klappklapp; hums, Klappklapp. Unterstützt mit 70 Millionen — aber von den Steuergeldern der Arbeiter.

Es ist hoch an der Zeit, daß wir uns befinnen und dem Geräusch der Militärkapellen ein Ende machen.

## Theater

Im Trianon-Theater werden gute Schauspieler mit einer unwürdigen Aufgabe beschäftigt. Die Gesellschaft des Abbe Chateaucens von Eduard Stouen ist menschlich und literarisch gleich wertlos. Ein junger Kavaliere verliebt sich in seine Mutter, die (es ist die bedrückende Ninon de l'Enclos) einen, milde gesagt, etwas leichten Lebenswandel führte und von der er nicht weiß, daß es seine Mutter ist, da er sie jung gestorben glaubt. Er erstickt sich. Sie lebt weiter. — Das könnte, eigentlich wie es ist, menschlich erschütternd dargestellt sein. Es könnte zum mindesten Gelegenheit zu ein paar wirkungsvollen Theaterkennern, zu ein paar „banfahren“ Rollen geben. Theaterkennern macht Stouen daraus, er macht nicht anderes als das — aber sie sind nicht wirkungsvoll. In diesem ganzen Stück ist nicht ein echter Ton — und die unechten Töne, reichlich vorhanden, sind zu lässlich-imental: sie wirken höchstens auf kleine Mädchen.

Die Schauspieler gut — waren doch nicht gut genug die wahren Töne in echte zu verwandeln. Schade, daß Kacise wie Ula Grüning, Leopoldine Konstantin, Käthe Haack und Hermann Wallentin an solche Aufgaben verwendet werden! Sie müßten besonders die jungen, wie Hans Bodmann, durch solche „Dichter“ und solche Regisseure (Fritz Kotter) auf die Dauer verderben werden.

## Komödienhaus

Vallenberg hat sich seinen unsterblichen Javabill aus der Familie Schimid noch einmal schreiben lassen. Diesmal heißt es Schigl, das Stück „Das weiße Lämmchen“, der Verfasser Hans Schumann. Schigl ist ein auf die Spitze getriebener Javabill Javabill tyrannisierte als Gegenwärtiger die Vormünder seines Kindes. Schigl wird dagegen durch drei Mütter der Ruin des Rechtsanwaltes, dem er als Javelandieb bei Frauen im geschäftlichen Alter den Kreispruch verdankt. Er forscht sein Privatleben aus, vorführt und besticht die Schmeigermutter, bringt seine Partien auseinander und will überhaupt die ganze Familie „abführen“ lassen. Mit den größten Schauspielern teilt Vallenberg die Reizung, einen belanglosen Schmarren zur Grundlage einer unvergesslichen Figur zu machen. In den letzten Jahren blieb keine Stunde unter dem Ertragslosen und machten ihn zu einer Spohmacher, dem man nachhaftig nicht mehr ansah, daß ihn Reichardt zum Franz Moor und König Lear bringen wollte. In weißen Lämmchen hat es Vallenberg, so belanglos und albern das Stück ist, wieder auf das Niveau seiner Komik gehoben. Sein Schigl ist vom ersten bis zum letzten Wort, vom Häutchen bis zum Lächelnbleistift unerhört. Niemand kann es eine noch kommenere Leistung der Charakteristik gegeben haben. Während die Zuschauer vor Lachen ermaten zurückfallen, wackelt Vallenberg allen Mitspielern gegenüber mit seinem Worte und seiner Gebärde die Linie eines unerschütterlichen Entsetzes. Nichts was Schigl an sich tut, ist komisch, es ist es erst durch die unglückliche Freiheit, mit der dieser Spohmbe in fremden Häutchen wirkt. Wenn es wahr ist, daß Lachen gesund macht, dann müßten vor dem Schigl die Toten auferstehen.

# Das Proletariat und die Pariser Beschlüsse

## Rundgebungen der U.S.P.D.

In drei großen Versammlungen nahm gestern die U. S. P. D. Stellung zum Friedensvertrag und zu den Pariser Beschlüssen. Die Versammlung im Walthalla-Theater und in Aliens Festsälen verlief ruhig, in den Prachtsälen des Ostens waren die Kommunisten angetreten, um auch vor einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie unfähig sind, das Proletariat in dieser ersten Situation zu führen. Ihr Diskussionsredner konnte nicht einen positiven Vorschlag machen, wie sich das Proletariat aus seiner heutigen Lage befreien soll. Er zog dann den „Offenen Brief“ aus der Tasche, erlitt aber auch mit diesem Wundermittel nur einen Herzeinsall. Nachstehend die Berichte über den Verlauf der Versammlungen.

### Aliens Festsäle

In gut besuchter Versammlung in Aliens Festsälen, Solenhöhe, sprach Genosse Dittmann. Er führte u. a. aus:

Unannehmbar! So schallt es wieder einmal durch die deutschen Lande. Solcher Art Schaulust haben wir alle paar Monate. Die lauesten Proletariatler sind aber immer wieder zu Kreuze gekommen, wenn der Ententeimperialismus sich anschickte, das Diktat seiner Machthaber mit Gewaltmitteln durchzusetzen. Das Maul der Proletariatler war jedesmal größer als ihr Mut. Diese Art Politik ist nicht nur feige, sondern auch hinterhältig. Jedes Kind weiß bei uns, daß alle bürgerlichen Parteien, daß auch die Regierung die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages offen und geheim sabotieren, wann und wo sie nur können. Unter allerhand Vorwänden, mit Wissen und stiller Billigung der Regierung, werden konterrevolutionäre Organisationen mobil gehalten, weil die Regierung sie als die zuverlässigste Schutztruppe gegen das Proletariat betrachtet. Immer und immer wieder beschwört die Regierung wegen dieser konterrevolutionären Organisationen Konflikte mit der Entente herauf, weil die Entente in der Orgel usw. den Rahmen eines Revanchehereses sieht.

Nunmehr fordert die Entente Auflösung und Entwaffnung dieser Organisationen bis Mitte dieses Jahres. Wie stellt sich das Proletariat zu dieser militärischen Forderung? Diese Forderung ist nichts anderes als die Forderung der Entwaffnung der Konterrevolution, die Entwaffnung von Wehrbänden. (Lebhafte Beifall.) Das proletarische Interesse gebietet gleichfalls, daß diese Entwaffnung reiflos durchgeführt wird, und alles zu tun ist, um den Militarismus niederzuhalten. Kommunistischen Witzbäpfern in München blieb es vorbehalten, Arm in Arm mit Nationalisten gegen diese Entwaffnungsforderung Sturm zu laufen. Das zeigt, daß die Kommunisten im Grunde ihres Herzens nichts anderes als veraltete Militärischen sind. (Sehr richtig!) Der Münchener Standpunkt ist jedoch nicht als lokale Entgeißelung zu werten. Der Vorfall entspricht genau dem Rezept, das Dr. Levi im Reichstag zum besten gegeben hat.

Die letzte Rede der Entente-Imperialisten enthält aber auch eine ganze Reihe wirtschaftlicher Forderungen. Auf 42 Jahre verteilt, soll Deutschland 220 Milliarden Goldmark Entschädigung zahlen. Die deutschen Kapitalisten und Imperialisten haben nicht das moralische Recht, sich über diese Forderung zu entrüsten, denn sie hätten als Sieger mindestens ebenso gehandelt. (Beifall.) Während des Krieges forderte lediglich die U. S. P. einen Frieden ohne Annexionen und Kriegenschädigung. Nur wir können mit Recht Protest gegen die jetzigen Ententeforderungen erheben. Die Pflicht der Wiedergutmachung der Kriegsschäden im Rahmen des Möglichen erkennen wir an. Hier handelt es sich aber um einen kapitalistisch-imperialistischen Raubzug. Auf jeden Fall ist es die deutsche Arbeiterklasse, die am schwersten von den Lasten getroffen wurde. Das ist die Tragik des deutschen Proletariats. Es haben es die Kapitalisten in den Krieg hineingetrieben, ihm einen fürchterlichen Überlast bereitet und jetzt soll dasselbe Proletariat außer der Arbeit für keine einheimischen Elavenhalter, noch 42 Jahre lang Elavenarbeit für den Entente-Imperialismus leisten. Das bedeutet nicht nur eine ungeahnte Verelendung des deutschen Proletariats, sondern bedingt durch die wirtschaftlichen Zusammenhänge eine Verelendung des Weltproletariats.

Das gemeinsame Interesse des Weltproletariats zwingt es, sich den Forderungen der Entente entgegenzusetzen, denn eine Herabdrückung der Lebenslage des deutschen Proletariats, hat eine Herabdrückung der Lebenslage des Weltproletariats im Gefolge. Englische und französische Arbeiterführer haben diese Gedanken bereits ausgesprochen. Besonders in England werden von den Arbeitern diese internationalen Zusammenhänge erkannt. Die Beseitigung der Ausplünderung der besiegten Länder liegt im gemeinsamen Interesse des Weltproletariats. Nur im fortschreitenden Klassenkampf aller Länder liegt die Möglichkeit einer Revision des Friedensvertrages, nicht aber, wie es die Kommunisten wollen, gemeinsam mit nationalstaatlichen Arbeitermördern und Sowjetrußland in einen neuen Krieg gegen die Entente. Nicht militärische Gewalt wird den undurchführbaren Friedensvertrag ändern, sondern die Macht der wirtschaftlichen Tatsachen.

Die Unterdrückung und Ausbeutung Deutschlands durch die Entente-Imperialisten und Kapitalisten wird erst dann aufgehoben, wenn das Proletariat der Siegerstaaten ihren Kapitalismus und Imperialismus ins Wanken gebracht haben. Diese Entwicklung muß gefördert und gestützt werden, denn die Beseitigung des Proletariats ist nur auf internationaler Grundlage möglich. In dieser klaren Erkenntnis treten Vertreter unserer Partei am kommenden Sonntag mit den Arbeitervertretern der Westländer zu Beratungen zusammen. So wie bisher die U. S. P. seit ihrer Gründung in allen großen Kämpfen des Proletariats Führerin gewesen ist, so wird sie auch in den kommenden revolutionären Kämpfen Bannerträgerin des deutschen Proletariats sein. (Lebhafte Beifall.)

Den Ausführungen des Genossen Dittmann folgte sich keine Aussprache an, da sich Diskussionsredner nicht meldeten.

### Walthalla-Theater

In dem von 2000 Personen besuchten Theater referierte Genosse Stein. Er führte aus:

Die Pariser Beschlüsse verdienen seitens der Arbeiterschaft die größte Beachtung. Der Landtagswahlkampf gibt uns die Gelegenheit, den Arbeitern zu sagen, daß diejenigen, die heute am lauesten über Forderungen der Entente schreien, die eigentlich Schuldigen sind. Die bürgerlichen Parteien waren es, die 1914 zum Kriege trieben, die Schuld sind an der langen Dauer des Krieges und dadurch auch schuldig an dem Versailles Frieden. Für die Arbeiter kann es daher keine Einheitsfront mit den Parteien geben. Der Versuch, die Arbeiter ebenso wie 1914 in einen nationalen Kampf zu verführen, findet unseren ständigen Widerstand. Die Pariser Forderungen sind aufgestellt worden unter dem Druck der französischen militärischen und kapitalistischen Kreise. Die Beschlüsse sind nicht endgültig, Deutschland ist auch gar nicht in der Lage, die Lasten, die durch Erfüllung der Pariser Forderungen entstehen, zu tragen. In Frankreich muß man daher den Glauben zu erhalten suchen, daß die Beschlüsse alles zahlen, denn dort hat man genau so wie in Deutschland unter Selbsterich die schlimmste Bankrotteuropolitik getrieben und das Volk damit betäubt, daß die Beschlüsse alles bezahlen werden. Dadurch ist Frankreich überaus stark verschuldet. Unter diesem Druck ist man zu Forderungen gekommen, die offensichtlich der ökonomischen Einheit ins Gesicht schlagen. Die Weltwirtschaftskrise mühte durch die Erfüllung dieser Forderungen in ein akutes Stadium kommen. Deutschland könnte nur in Waren zahlen. Das wäre nur dann möglich, wenn es billiger wie das Ausland liefert, und dadurch würde dann auch ein großer Teil der ausländischen Industrie lahmgelegt werden. Die soziale Krise wird dann auch poli-

tische Krisen zur Folge haben. Mithin arbeiten auf diese Weise die Schöpfer der Pariser Bedingungen selbst für die Weltrevolution. Allerdings ist Voraussetzung dabei, daß die Arbeiter diesen Prozeß erkennen und fördern.

Ein Teil der Wiedergutmachungsforderungen ist nun ohne Zweifel berechtigt. Verantwortlich und schadenhaftig dafür zu machen sind aber die Kreise, die direkt an diesem furchtbaren Kriege profitiert haben. Sie waren es, die die Zerschlagung der Bergwerke und Industrieanlagen in Belgien und Frankreich veranlaßten, um den deutschen Kapitalismus auch nach Kriegsende von der lästigen Konkurrenz zu befreien. Trotzdem haben es diese Kreise verstanden, sich von der materiellen Verantwortung zu drücken und den Arbeitern die Lasten zuzuschlagen. Darum erscheint es und gerechtfertigt, daß diese Kreise bei der Entschädigung des nationalstaatlichen Kredits in gewissen Vorkosten Anknüpfung finden. Die Frage der Wiedergutmachung verandert sich somit auch in die Frage der Korrektur der Fehler der deutschen Arbeiterklasse. Es ergibt sich die verhängnisvolle Notwendigkeit eines energischen Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht. Vor allen Dingen dürfen solche Fehler nicht wieder vorkommen, wie sie in München unter kommunistischer Führung gemacht worden sind. Die Arbeiter müssen die falsche Taktik der Kommunisten erkennen. Die Kritik, die neuerdings in der „Roten Fahne“ an der Haltung der Zentrale geübt wird, läßt erkennen, daß die Enver-Pascha-Politik der kommunistischen Partei auch bei den kommunistischen Arbeitern keinen Anklang findet. In der Entscheidungsfunde des Proletariats hat die Parolen-Partei es aber nicht fertig gebracht, den Arbeitern einen Weg zu weisen.

In Frankreich erlebt man dasselbe Schauspiel wie in Deutschland; auch dort bleibt es unseren Genossen vorbehalten, den Kampf gegen die Pariser Beschlüsse zu führen. Unser Genosse Aurial war es, der sich in der französischen Kammer ausdrücklich mit Debours' Ausführungen im deutschen Reichstage solidarisch erklärte und den Widerstand und die Schädlichkeit der ausgeführten Forderungen darlegte, während der Kommunist Cahin nur eine leisernde Erklärung abgab, in der er jedes scharfe Wort an die Adresse des nationalstaatlichen Blocks vermieden hat. Das ist die sogenannte einheitsfront der Dritten Internationale, die noch ihre besondere Nutztierung findet in dem offiziellen Bericht des russischen Geschäftsführers in Berlin, in dem er sagt, daß es für Sowjet-Rußland sehr leicht sei, mit dem deutschen Kapitalismus zu einer Einigung zu gelangen, die für beide Teile sehr vorteilhaft sei.

Gegenüber dieser schädlichen Politik gilt es jetzt ebenso wie im Sommer 1919, wo die U. S. P. gegenüber der Kriegspolitik der Rechten für den Frieden kämpfte, die Waffen des Proletariats für eine Politik zu mobilisieren, die einerseits die Machtverhältnisse in Deutschland zugunsten des Proletariats verschiebt, und die andererseits den internationalen Zusammenstoß gegen den Versailles Frieden fördert. Die Kommunisten weisen keinen gangbaren Weg, sondern lenken durch ihre Deklamationen über Sowjet-Rußland die Blicke des Proletariats von dieser Aufgabe ab. Bei den Rechtssozialisten zeigt sich eine gewisse Zuneigung zu den nationalstaatlichen Parolen von 1914. Dieser Herzwirkung rechts und links muß mit aller Macht entgegengearbeitet werden.

In der Diskussion ergriff ein offizieller Redner der Kommunisten das Wort, der den wirtschaftspolitischen Ausführungen des Referenten beipflichtete, sich dann aber in den üblichen Angriffen gegen die U. S. P. und die Verherrlichung Sowjet-Rußlands erging. Horner verteidigte er die Haltung Paul Levits und schloß mit einer Verherrlichung Enver Paschas.

Nach einem Schlusswort des Referenten, in dem er unter stürmischen Beifall der Versammlung dem kommunistischen Redner die gebührende Antwort erteilte, und nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, im Sinne des Referenten für die sozialistische Vorführung tätig zu sein, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das revolutionäre Weltproletariat und die U. S. P. geschlossen.

### Prachtsäle des Ostens

Die Versammlung in den Prachtsälen des Ostens war stark besucht. Kommunisten waren in großer Anzahl erschienen, so daß es wiederholt zu störenden Zwischenfällen kam. Der Referent, Genosse Kabsch, führte aus:

Die militärische Niederlage brachte es mit sich, daß Deutschland für die Schäden, die in Serbien, Polen, Frankreich und Belgien angerichtet worden sind, haftbar gemacht wird. Es war von vornherein klar, daß uns die Entente dabei nichts schenken würde. Deutschland war gezwungen, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen, weil es nicht daran denken konnte, durch einen neuen Krieg seine Situation zu verbessern. Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben sich für die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages eingesetzt, weil von zwei Übeln das kleinere zu wählen war. Hätte sich die deutsche Arbeiterschaft mit den Nationalisten in eine Einheitsfront geteilt, so wäre es zu einem neuen kriegerischen Konflikt, zu einem Neuaufleben des Nationalismus gekommen, wobei im Hintergrund das Hohenzollernium auf der Lauer lag. Durch ihre großartige Aktion im Sommer 1919 hat die Unabhängige Partei das deutsche Volk vor einem neuen Krieg und vor dem Hohenzollernium geschützt, ohne daß sie sich zum Garant des Versailles Vertrages gemacht hätte. Sie weiß aber, daß der Vertrag nicht gewaltlos von Deutschland gedrungen werden kann. Es wird vielmehr Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse sein, ihn illusorisch zu machen, alle Bestimmungen zu beseitigen, die dahin zielen, die deutschen Arbeiter zum Sklaven des Weltkapitalismus zu machen.

Wenn wir die harten wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages und der Pariser Beschlüsse zurückweisen, so dürfen wir keinen Augenblick den Verdacht aufkommen lassen, als bedien sich die Interessen des deutschen Proletariats mit den Interessen der deutschen Bourgeoisie. Im Gegenteil, wir müssen immer wieder hervorheben, daß Deutschland in erster Linie schuldig ist am Kriegsausbruch, daß es durch eine wahnwitzige Politik den Krieg verlängert und damit das ganze Elend über Deutschland herausbeschworen hat. Der Kampf, den die deutsche Arbeiterschaft gegen den Friedensvertrag führt, muß zu gleicher Zeit ein Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Kriegspolitik sein. Es gilt, die Kriegstreiber und Kriegserlängerer zu entlarven, der moralische Kredit muß den bürgerlichen Parteien bei der Masse genommen werden, damit sie es nicht mehr wagen können, sich als die Führer des Volkes anzuspielen. Wer heute für eine Einheitsfront Stimmung macht, stellt sich schuldig vor die Kriegsverbrecher und vor die deutsche Bourgeoisie. Er nimmt vor allem den Deutschnationalen, die am schwersten belastet sind, die Verantwortung von den Schultern und läßt indirekt deren Machtposition.

Bei dem ganzen Schrei, das jetzt von nationalstaatlicher Seite angestimmt wird, dürfen wir auch keine Minute vergessen, daß ein Teil der Ententeforderungen durchaus berechtigt ist. Die ganze belgische und nordfranzösische Industrie wurde während des Krieges zerstört und verwüstet, die deutsche Schwerindustrie löst aus der Ausbeutung und Ausplünderung in den besetzten Gebieten klingende Münze. Die Schwerindustrie, die Kriegs- und Produktionsgüter, müssen also für die verursachten Schäden haftbar gemacht werden, gegen sie hat sich das Proletariat zusammenschließen. Wir können nicht verlangen, daß das belgische und französische Proletariat, das heute noch weit mehr unter den Folgen des Krieges leidet wie das deutsche — vor allem in den zerstörten Kriegesgebieten — die Kosten für die Wiedergutmachung erträgt. Auch ein sozialistisches Deutschland wäre verpflichtet, die verursachten Schäden wiedergutzumachen, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt.

Die Entwaffnungsforderungen, die der Friedensvertrag stellt, lehnt das Proletariat nicht ab. Die Reichsmacht, die heute schon 5 Milliarden Mark jährlich kostet, ist in einer Stärke von 100.000 Mann noch viel zu stark für Deutschland. Soll das Proletariat etwa dafür eintreten, daß uns zwei- oder dreihunderttausend Mann Soldaten zugebilligt werden, sollen die Arbeiter gegen die Entwaffnung der Orgel und der Liga

wahnermehreren austreten, die doch nur monarchistischen Zwecken dienen? Nein, wir wollen mit dem ganzen militärischen Wunder aufhören, da es aber das Proletariat nicht vereinnahmt hat, selber diese Herzarbeit zu bewältigen, verlangen wir von der deutschen Regierung die schnelle Durchführung der Entwaffnungsbefestigungen.

Die Kommunisten wissen nicht, was sie mit dem Friedensvertrag anfangen sollen, bei ihnen geht alles brunter und drüher. In München haben sie sich mit den deutschnationalen Marschstudenten verbrüder, soll das etwa Arbeiterpolitik sein? Paul Levi fordert ein Bündnis des kapitalistisch-reaktionären Deutschland mit dem revolutionären Rußland. Auch das ist eine Utopie! Ein Offensivbündnis mit Rußland hätte unter den heutigen Umständen einen kriegerischen Konflikt mit der Entente zur Folge, der ebenso zum Schaden des deutschen Proletariats ausginge würde, wie wenn es sich etwa mit den Deutschnationalen in eine Einheitsfront stellen würde, um den Friedensvertrag durch Waffengewalt zu brechen. Gegenüber dem eskalierenden Kapitalismus in Deutschland und in der ganzen Welt gibt es nur einen Ausweg: die Einheitsfront des internationalen Proletariats. Die Kommunisten, die diese Einheitsfront setzen wollen, wirken damit nicht revolutionär, sondern reaktionär. Deshalb gilt es, den Kampf aufzunehmen sowohl gegen die kommunistische Verwirrung, als auch gegen die deutschnationale kriegerische Hehe. Die U. S. P. D., die das Schiff der Revolution durch alle Klippen hindurchgeführt hätte, würde sich auch bei dem Kampf gegen die wirtschaftlichen Forderungen des Versailles Vertrages als die berufene Führerin der Arbeiter erweisen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion sprach ein Kommunist namens Scholz, der nicht mehr, was er wollte. Schließlich leitete er die Melodie des „Offenen Briefes“ herunter, rief damit aber den Widerwillen der Versammlung hervor. Es war ihm nur gelungen, jene konkreten Forderungen des offenen Briefes vorzutragen, die dem Manifest der U. S. P. D. entnommen worden sind. Genosse Kabsch forderte deshalb in seinem Schlusswort die Anhänger der U. S. P. D. auf, für die Forderungen des offenen Briefes, soweit sie vorgelesen worden waren und sich mit den Forderungen der U. S. P. D. deckten, zu stimmen, damit die „Rote Fahne“ noch einmal Gelegenheit bekomme, eine „einheitlich“ angenommene Resolution vorzubringen zu können. Es wurde dann auch so verfahren und die Kommunisten zogen mit langen Gesichtern ab, wobei sie es natürlich nicht unterließen konnten, noch ein wenig zu skandalisieren.

## Öffentliche Wählerversammlung

Steglich, Abends 7 1/2 Uhr, im Gymnasium, Wählerversammlung. Referent: Genosse Hoffmann-Schmargendorf.

Treptow-Baumhüttenweg. Am Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, besuchen sämtliche Genossen und Genossinnen die öffentliche Versammlung in den Konföderaten, Am Treptower Park 69. Der Wahlausgang trifft sich pünktlich um 7 Uhr in demselben Lokal.

Stadtwalde. Am Dienstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Dr. Löwenstein.

Nieder-Schönweide. Am Dienstag, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Seger-Berlin.

## Groß-Berlin

### Die Rundgebung der Reaktion

Der Protest gegen die „Verkündung“ Deutschlands durch die Entente, den die Liga zum Schutze der deutschen Kultur im Sportpalast veranstaltet hatte, war nicht gerade überwältigend. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht weiter mit den verantwortungslosen Phrasen der nationalen „Politiker“ beschäftigen. Nur einige Gedanken über die Rundgebung an sich.

„Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ heißt der Veranstalter. Die Veranstaltung selbst war nichts anderes als Kriegshege; wir sehen also den alten „Gunsen“ Handpunkt: man will „die deutsche Kultur schützen“, indem man Deutschland in einen neuen Krieg hineinsteckt. Wenn der Krieg als Schlichter der Kultur wirken soll, dann muß es um diese deutsche „Kultur“ merkwürdig bestellt sein!

In der Protestversammlung waren merkwürdig wenig Frauen anwesend. Diese Tatsache glossiert der „Lokal-Anzeiger“ mit folgenden Worten: „Fast ganz fehlen die Frauen; die haben in der Wirtschaft zu tun oder ruhen den Sonntagvormittag, an Kleid, Wäsche, Mantel zu richten.“ Das ist so ganz der bürgerliche Standpunkt. Die Frau, die Mutter, die doch das lebhafteste Interesse an dieser verantwortungslosen Kriegshege hätte, hat in der Wirtschaft zu tun! Und dann geht die große Mehrheit der Frauen, auch proletarische, hin und wählt — deutschnational!

Frauen, merkt auf! Diese Kriegshege, die Ihr vielleicht weniger verfolgt, weil die auswärtigen Angelegenheiten so ganz zur „hohen Politik“ gehören, richtet sich gegen Euch! Dasselbe Elend, was Ihr Frauen, Ihr Mütter und Schwestern, besonders der Proletariat, die die Leichen liefern, im glorreichen Weltkriege durchgelitten habt, will man Euch aufs neue bereiten! Seid am 20. Februar auf dem Posten!

Wie verantwortungslos diese nationalen unverantwortlichen „Politiker“ hehen, das zeigte der Schluß der Liebe des Deutschnationalen Laverenz. Er zitierte am Schluß aus dem „Toll“, und der „Lokal-Anzeiger“ berichtet sehr schön und rührend:

„Und der Beifall dieser so gar nicht volkserfahrungenmäßig zusammengesetzten Volksversammlung, der Beifall dieser Tausende von erstarrten, reifen, wissenden Männern bekräftigt jedes Wort, bekräftigt jedes Wort vom Festbleiben, vom Durchhalten, schwillt zum Orkan, als Laverenz abschließend der Reichsregierung zuruft: „Lohngras, bleibe hart!“, als er dem Volke die schlingensied wie neu wirkende Hingehausen-Nahrung einschärft: „Seid einig, einig, einig!“

Das ist die Methode von 1914. Mit unspießischen Reden bringt man die „Volksernte“ zum Kochen und — wenn sie dann überläuft, nimmt jeder die Verantwortung. Die Arbeiter müssen daraus lernen: Mit Schiller'schem Pathos, und wenn es noch so schön klingt, macht man keine Politik; mit rhetorischen Phrasen, die sich an das Gefühl wenden, verändert man nicht die wirklichen Machtverhältnisse.

Deshalb, Frauen und Männer der Arbeiterklasse: gebt am 20. Februar die richtige Antwort!

### Inhaltbare Verkehrszustände

Uns wird geschrieben: Als jahrelanger Fahrgast der Stadtbahn muß ich einmal auf die in letzter Zeit immer mehr einsetzende Unpünktlichkeit in der Beförderung hinweisen. Die Morgenzüge nach dem Stadtinnern, über Sirolau-Kummelsburg, gehen von dort so verschoben, daß in der Zeit und Reihenfolge ab, daß es den meisten zur Arbeit Eilen nicht möglich ist, pünktlich die Arbeitshütten zu erreichen. Außerdem bleiben diezüge meist noch auf der Strecke liegen. Was es für den Arbeiter bei den heutigen, immer mehr sinkenden Löhnen bedeutet, ungerichtetweise die Straßensperre entrichten zu müssen, wozu noch der Verdienstausfall kommt, wird jedem klar sein. Für eine Willkürstadt wie Berlin ist pünktliche Beförderung eine Lebensnotwendigkeit und das kann man, da Pünktlichkeit von den Arbeitern verlangt wird, auch von der Stadtbahn erwarten.

Beschwerdekommission bei der Wohnungsämter. Auf Magia-Kreisbeschluss sind in den sechs inneren Bezirken von Berlin durch die Bezirksversammlungen ehrenamtliche Kommissionen zur Ent-

